

25 JAHRE DEUTSCH-UNGARISCHE BEZIEHUNGEN SEIT DEM WENDEJAHR 1989

Bence Bauer / András Hettyey

Für die damaligen Flüchtlinge aus der DDR hat Ungarn mit der Grenzöffnung im September 1989 Mut und Menschlichkeit bewiesen. Die damit ausgelöste Kettenreaktion besiegelte schnell das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, führte zur Wiedervereinigung Deutschlands sowie zur weiteren Integration Europas. Die deutsch-ungarischen Beziehungen haben durch die damalige Entscheidung der ungarischen Führung einen Höhepunkt erlebt. Lange Zeit galt das „Jahr der Wunder“ 1989 als Dreh- und Angelpunkt der bilateralen Beziehungen, aus denen nicht nur Deutsche eine Grundsympathie für die Ungarn entwickelt haben. 25 Jahre nach den bewegenden und dramatischen Ereignissen gilt es, Bilanz zu ziehen und das Verhältnis beider Länder zu bewerten – vom Jahr der grenzenlosen Begeisterung in den Wendejahren bis zum normalen Alltag des Zusammenlebens innerhalb der Europäischen Union im Jahre 2014.

VORGESCHICHTE

Nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956 durch sowjetische Truppen versuchte die kommunistische Staats- und Parteiführung um János Kádár die Bevölkerung mit Zugeständnissen und kleinen Geschenken zufriedenzustellen,¹ was später als „Gulasch-Kommunismus“ bezeichnet wurde. Dazu gehörten eine bescheidene Privatwirtschaft, relativer, kleiner Wohlstand, eine vergleichsweise gute Lebensmittelversorgung, gepaart mit westlichen Unterhaltungs- und Freizeitmöglichkeiten. Diese Umstände hoben Ungarn erkennbar von den übrigen Staaten des Warschauer Paktes ab und führten zu einer



Bence Bauer LL.M. ist Projektkoordinator und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Dr. András Hettyey ist Dozent an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst in Budapest. Sein Beitrag wurde durch ein János Bolyai-Stipendium der Ungarischen Akademie der Wissenschaften unterstützt.

1 | Vgl. György Dalos, *Der Vorhang geht auf*, München, 2009, 64.

Folklore um KP-Generalsekretär Kádár. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kommunistischen Machthaber die Erfahrung um den Ungarnaufstand immer noch als Bedrohung wahrnahmen. Eine Wiederholung wollten sie unbedingt verhindern. Wohltaten gegenüber der Bevölkerung schienen dazu das geeignete Mittel. Der Preis dafür war eine schleichende Staatsverschuldung. Mehrere Kredite in den 1980er Jahren, darunter ein Überbrückungskredit des Internationalen Währungsfonds, konnten den finanziellen Kollaps lediglich hinauszögern. Doch mit diesem Vabanquespiel trug Ungarn letztlich zum Untergang des osteuropäischen Sozialismus bei.²

Deutsch-deutsche Begegnungen am Balaton

Während die Menschen aus der DDR genau registrierten, welche Entwicklungen in Ungarn anders verliefen als bei ihnen, galt das Land bei vielen Besuchern aus der Bundesrepublik als ein günstiges Urlaubsland. Interessanterweise bildete Ungarn aber sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche einen Ort persönlicher Begegnung. Viele Familien und Freunde konnten sich überhaupt erst dort treffen. Kulisse dieser deutsch-deutschen Zusammenkünfte war neben der Hauptstadt Budapest in erster Linie der Balaton (Plattensee). Hier machten die Deutschen gemeinsam Urlaub. Für DDR-Bürger war speziell der Balaton Ausdruck eines Lebens in „paradiesischen Verhältnissen“, das sie sich ohne die Hilfe von westdeutschen Freunden oder Verwandten nicht hätten leisten können. Viele dieser Begegnungen sind bis hin zum Wendejahr dokumentiert worden: nicht nur literarisch,³ sondern auch von der DDR-Staatssicherheit.⁴

MEHR ALS EINE LÜCKE IM ZAUN: DIE GRENZÖFFNUNG 1989

Der bis zur Grenzöffnung im September 1989 eingeschlagene Weg ist von vielen Einzelentscheidungen, aber auch von Missverständnissen und Zufällen gekennzeichnet. Fünf Schlüsselmomente sollen hervorgehoben werden: der ungarische „Weltpass“, der Beitritt zur Flüchtlingskonvention

2 | Vgl. ebd., 67.

3 | Vgl. Ingo Schulze, *Adam und Evelyn*, Berlin, 2008.

4 | Vgl. Andrea Dunai, „Die Balaton-Brigade“, in: Jürgen Haase und János Can Togay (Hrsg.), *Deutsche Einheit am Balaton*, Berlin, 2009, 109.

der Vereinten Nationen (VN), der Abbau der Grenzbefestigungsanlagen, die Zuwendung zum Westen, einhergehend mit dem Vertrauensverlust zur DDR, und schließlich das Paneuropäische Picknick als Sternstunde der an ein Europa ohne Grenzen glaubenden Zivilgesellschaft. Ohne diese Hintergründe und deren Zusammenspiel hätte es weder zur Dynamik an der ungarisch-österreichischen Grenze noch zu den weit reichenden Ereignissen im Wendejahr insgesamt kommen können.



Mit der Einführung des Weltpasses machten die Ungarn von ihrem Reiserecht regen Gebrauch und deckten sich im Westen mit Konsumgütern ein. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

Der Weltpass für die Ungarn

Ab dem 1. Januar 1988 konnten die Ungarn den so genannten Weltpass beantragen, also einen regulären ungarischen Pass als Reisedokument, mit dem sich alle Staaten dieser Welt – auch die westlichen – bereisen ließen.⁵ Diese Entwicklung brachte die Diskrepanz zwischen dem vergleichsweise milden kommunistischen Ungarn und der orthodox-kommunistischen DDR noch stärker zu Tage. An den in Ungarn urlaubenden DDR-Bürgern ist sie nicht unbemerkt vorübergegangen. Bei vielen von ihnen wuchs damit kontinuierlich der Wunsch, der DDR endgültig den Rücken zu kehren. Im Jahre 1988 wurden noch 283 Personen

5 | Diese Neuerung führte zu einem regelrechten Einkaufstourismus in Österreich. Vgl. Hans Kaiser und Norbert Lobenwein, *89-09 – Momente, die die Welt bewegten*, Budapest, 2009, 24-25.

aus der DDR⁶ beim Versuch aufgegriffen, die ungarisch-österreichische Grenze ungesetzlich zu überqueren. Im Jahr darauf stieg diese Zahl bis zur offiziellen Grenzöffnung am 11. September auf 7.200 Personen. Die Verzweiflung der Fluchtwilligen wuchs mit jedem Tag, waren sie doch in einem unbeweglichen Regime eingesperrt, während ihre ungarischen „Genossen“ bereits frei reisen konnten.

Der Beitritt zur Flüchtlingskonvention

Mit dem Beitritt Ungarns zur VN-Flüchtlingskonvention im März 1989 bestand rein rechtlich das Verbot, Flüchtlinge in den Staat zurückzusenden, aus dem sie geflohen waren.

Ein im Hinblick auf fluchtbereite DDR-Bürger im späteren Verlauf entscheidender Schritt war der Beitritt Ungarns zur VN-Flüchtlingskonvention im März 1989, in Kraft getreten am 12. Juni 1989. Ursprünglich hatte Budapest mit dem Beitritt keinesfalls die DDR-Bürger im Auge. Vielmehr wollte die Regierung den aus Rumänien nach Ungarn geflohenen Menschen zur Seite stehen und die Geltung der Menschenrechte stärken. Diese Flüchtlinge waren angetrieben von der rücksichtslosen Dorfzerstörungspolitik des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu. Im März 1988 gab dieser bekannt, die Zahl der Dörfer von 13.000 auf 5.000 bis 6.000 zu reduzieren und die dortigen Bewohner in „agro-industrielle“ Städte umzusiedeln.⁷ Davon waren besonders die angestammten deutschen und ungarischen Minderheiten bedroht, viele suchten Zuflucht in Ungarn. Mit der Anwendung der VN-Flüchtlingskonvention bestand rein rechtlich das Verbot, die Flüchtlinge in den Staat zurückzusenden, aus dem sie geflohen waren.⁸ 1988 sollen ca. 60.000 Menschen aus Rumänien nach Ungarn gekommen sein.⁹

Bei den Behörden in Ost-Berlin sorgte der Beitritt Ungarns zur Konvention für Beunruhigung. Wie mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei oder mit Rumänien¹⁰ hatte Ungarn auch mit der DDR eine bilaterale Vereinbarung (aus dem Jahr 1969), wonach die jeweiligen Signatarstaaten

6 | Vgl. Árpád Bella, „Gedanken über die Grenztruppe der Wende“, in: Kaiser und Lobenwein, Fn. 5, 16-17.

7 | Vgl. Andreas Oplatka, *Der erste Riss in der Mauer*, Wien, 2009, 49.

8 | Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Die Chronik des Mauerfalls*, Berlin, 2009, 64.

9 | Vgl. Joachim Jauer, *Urbi et Gorbis – Christen als Wegbereiter der Wende*, Freiburg, 2008, 143.

10 | Vgl. Oplatka, Fn. 7, 53.

sicherzustellen hatten, „dass Bürger des anderen Staates nicht nach dritten Staaten, für die Reisedokumente keine Gültigkeit haben, ausreisen“.¹¹ Zudem regelte das Rechts-hilfeabkommen die Auslieferung von Straftätern, d.h. nach DDR-Lesart auch von denjenigen, die sich einem ungesetzlichen Grenzübertritt bzw. einer rechtswidrigen Nicht-rückkehr nach §213 StGB-DDR strafbar gemacht hatten.¹² Diese Vereinbarung konnte nach Inkrafttreten der Flüchtlingskonvention am 12. Juni 1989 eigentlich nicht mehr angewendet werden, ohne das Völkerrecht zu verletzen.

Zwar stimmte der ungarische Staatssicherheitschef dem DDR-Standpunkt zu, dass „die politische und die rechtliche Ordnung der DDR eine Verfolgung von Bürgern der DDR durch den Staat wegen der in der Konvention genannten Gründe ausschließt und es folglich keine Flüchtlinge im Sinne der Konvention aus der DDR geben kann“.¹³ Doch waren die Konsequenzen für die innerstaatlichen Praktiken noch völlig unklar. Die DDR-Bürger sahen sich selbst nicht als Flüchtlinge, sie ersuchten nicht um Asyl. Auch die ungarische Seite betrachtete sie eher als Übersiedler. Eine wortlautgetreue Auslegung hätte zwar nicht gegriffen, doch berief sich die ungarische Regierung im Späteren auf den Geist der Flüchtlingskonvention,¹⁴ um die Entscheidung, DDR-Bürger gen Westen ausreisen zu lassen, zu begründen.

Ausreisewillige DDR-Bürger sahen sich selbst nicht als Flüchtlinge, sie ersuchten nicht um Asyl. Auch die ungarische Seite betrachtete sie eher als Übersiedler.

Der Abbau der Grenzbefestigungsanlagen

Die 246 Kilometer lange Signalanlage (Typ SZ-100) war zwischen 1965 und 1971 errichtet worden. Sie wurde bereits ca. 500 bis 2.000 Meter vor dem eigentlichen Grenzverlauf installiert. Beim Versuch, diese zu durchbrechen, wurde ein Alarm beim nächstgelegenen Wachposten ausgelöst. Ende der 1980er Jahre war die Anlage technisch veraltet, Fehlalarme waren keine Seltenheit. Um sie funktionstüchtig zu erhalten, hätte es umfangreicher Investitionen bedurft.¹⁵ Darauf wies der Oberkommandierende der

11 | Hertle, Fn. 8, 62.

12 | Vgl. Oplatka, Fn. 7, 131.

13 | Hertle, Fn. 8, 64.

14 | Vgl. Oplatka, Fn. 7, 103.

15 | Vgl. Andreas S. Schmidt-Schweizer, Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989, *Südosteuropa Mitteilungen*, 1, 1997, 36.

ungarischen Grenztruppen, János Székely, schon 1987 das Innenministerium hin. In seinem Bericht kam er zu dem Schluss, dass das System technisch, politisch und moralisch ausgedient habe.¹⁶ Am 26. Oktober 1988 besuchte der als Reformler geltende Staatsminister Imre Pozsgay die Grenzübergangsstelle Hegyeshalom und schloss sich der Einschätzung von Székely an.¹⁷ Hinzu kam, dass die Ungarn bereits mit dem „Weltpass“ frei reisen konnten, es also keinen Grund gab, die Grenzen hermetisch abzuriegeln. Allenfalls Bürger aus den „Bruderstaaten“ sollten aufgehalten werden, die Grenzen und eventuelle Reisebeschränkungen behielten weiter ihre Gültigkeit.



Im Frühjahr 1989 begannen die ungarischen Grenztruppen mit dem Abbau der Grenzbefestigungsanlagen, was am 2. Mai 1989 offiziell bekannt gegeben wurde. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

Die entscheidende Motivation für den von der Regierung Miklós Németh beschlossenen Abbau der Grenzbefestigungsanlagen war aber finanzieller Natur. Der Ministerpräsident strich den Posten der Erneuerung des Stacheldrahtsystems kurzerhand aus dem Haushaltsentwurf 1989, weil er die Kosten dazu nicht mehr aufbringen wollte. Der streng geheime Abbau begann ab dem 18. April.¹⁸ Als dies am 2. Mai vor internationalen Pressevertretern bei Hegyeshalom fortgesetzt wurde, ahnte noch niemand die Konsequenzen.

16 | Vgl. Gyula Kurucz (Hrsg.), *Das Tor zur deutschen Einheit*, Berlin, 2000, 107.

17 | Vgl. Schmidt-Schweizer, Fn. 15, 39.

18 | Vgl. ebd., 40.

Paradoxerweise reagierte die rumänische Führung einige Wochen später mit einem Aufbau von Grenzbefestigungsanlagen an der Grenze zu Ungarn, um die Fluchtbewegungen dorthin einzudämmen. Joachim Jauer, der damalige ZDF-Korrespondent, resümierte in der Nachrichtensendung jenes Tages: „Ein historischer, ein bewegender Augenblick, heute beendet Ungarn an dieser Stelle die gewaltsame Spaltung von Ost und West“.¹⁹

Die DDR-Flüchtlinge in Ungarn

Viele Menschen in der DDR sahen Jauers Berichterstattung mit großem Interesse. Auf international größere Beachtung stießen die Fernseh- und Bildaufnahmen der beiden Außenminister von Österreich und Ungarn,

Auf internationale Beachtung stießen der Außenminister von Österreich und Ungarn, als sie am 27. Juni den Grenz-zaun in der Nähe von Sopron symbolisch durchtrennten.

Alois Mock und Gyula Horn. Sie durchtrennten in einer symbolischen Aktion am 27. Juni den Zaun in der Nähe von Sopron. Tatsächlich war der Abbau der Grenzanlage schon so sehr fortgeschritten, dass man dafür ein kleines Stück Stacheldraht erst wieder aufbauen musste.²⁰ Das Bild der beiden mit Drahtscheren hantierenden Minister ging um die Welt. Die kurz vor ihrem Sommerurlaub stehenden DDR-Bürger registrierten aufmerksam die Geschehnisse in Ungarn. Sie erkannten, dass sich eine Lücke im Eisernen Vorhang auftat, um womöglich in den Westen zu gelangen. Im Verlauf jenes Sommers besetzten ausreisewillige DDR-Bürger die Botschaften in Warschau und Budapest bzw. die Ständige Vertretung in Ost-Berlin. In Ungarn musste die bundesdeutsche Botschaft am 13. August 1989 – dem 28. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin – wegen Überfüllung geschlossen werden.²¹ Die Malteserfrau Csilla von Boeselager, eine gebürtige Ungarin, griff in dieser Situation beherrscht ein und organisierte Hilfe bei der Betreuung der Flüchtlinge. Unterstützt wurde sie durch den Pfarrer der Gemeinde „Zur Heiligen Familie“ in Budapest-Zugliget, Imre Kozma.

19 | Jauer, Fn. 9, 129.

20 | Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Miklós Németh anlässlich der Verleihung des Point-Alpha-Preises am 15.06.2014 in Geisa, 3, http://pointalpha.com/sites/default/files/downloads/erwiderung_miklos_nemeth.pdf [27.08.2014].

21 | Zu diesem Zeitpunkt sollen sich dort 171 ausreisewillige Personen befunden haben. Vgl. Jauer, Fn. 9, 157; Oplatka, Fn. 7, 153.

So konnte bereits am 14. August das dortige Pfarrgelände geöffnet werden. Da auch dieser Zufluchtsort mit täglich 200 bis 300 Neuankömmlingen²² bald überfüllt war, wurden die Flüchtlinge zusätzlich in Csillebérc und Zánka versorgt, in drei Monaten insgesamt 48.600 Menschen.²³

In jenen Augusttagen kam es zu einem regen diplomatischen Austausch zwischen Bonn, Budapest und Ost-Berlin. Staatssekretär Jürgen Sudhoff pendelte mehrmals zwischen Bonn und Budapest, im dortigen Außenministerium gaben sich der Bonner und der Ost-Berliner Botschafter die Klinke in die Hand. Der bundesdeutschen Seite war daran gelegen, die Flüchtlinge so bald wie möglich in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu lassen. Diese Menschen wurden von der Botschaft der BRD umgehend mit einem bundesdeutschen Pass ausgestattet. Da sie aber nicht über einen gültigen ungarischen Einreisestempel verfügten, konnten sie mit diesen Pässen das Land nicht verlassen. Die ungarischen Entscheidungsträger wollten unter allen Umständen rechtsstaatlich korrekt vorgehen,

Das Ausfliegen der Botschaftsflüchtlinge von Budapest nach Wien wollte die ungarische Regierung als einmalige humanitäre Aktion verstanden wissen.

weshalb sie eine Ausreise mit solchen erst in Budapest ausgestellten BRD-Pässen nicht erlaubten. Das Ausfliegen der Botschaftsflüchtlinge mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes in der Nacht vom 23. auf den 24. August von Budapest nach Wien wollte die ungarische Regierung daher als einmalige humanitäre Aktion verstanden wissen. Doch schlugen sich die Ungarn allmählich immer mehr auf die Seite Westdeutschlands. Die Situation der weiterhin in Ungarn ausharrenden Flüchtlinge wurde von Tag zu Tag angespannter. Einige machten die Erfahrung, dass die Ausreise nach Österreich noch immer nicht möglich war. Andere stellten fest, dass man zumindest nicht mehr an die DDR überstellt wurde. Außerdem sahen die ungarischen Behörden davon ab, Fluchtversuche in die Pässe einzutragen. Früher oder später, so die richtige Annahme, würde eine legale Ausreise möglich sein.²⁴

22 | Vgl. Jauer, Fn. 9, 162.

23 | Vgl. Hans Kaiser (Hrsg.), *Der Grenzdurchbruch bei Sopron – Weg nach Europa*, Budapest, 2012, 193.

24 | Vgl. Andreas Oplatka, Eine Bresche im Eisernen Vorhang, *Neue Zürcher Zeitung*, 26.06.2014, <http://nzz.ch/international/europa/1.18330432> [26.08.2014].



Die Einladung zum Paneuropäischen Picknick fand ihren Weg bis zu den in Ungarn weilenden DDR-Bürgern. | Quelle: © Stiftung Paneuropäisches Picknick '89.

Das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 in Sopron

Das Paneuropäische Picknick organisierten Persönlichkeiten der ungarischen Opposition aus Debrecen und Sopron. Viele von ihnen kamen aus dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF), einige waren im Bund Junger Demokraten (FIDESZ), Bund Freier Demokraten (SZDSZ) oder der Kleinlandwirtepartei (FKGP) aktiv. Die Idee dieses Picknicks an der Grenze stammt von Ferenc Mészáros aus Debrecen. Nach einem Vortrag des Europaabgeordneten Otto von Habsburg in Debrecen, der Stadt der Entthronung seiner Familie, über ein Europa ohne Grenzen diskutierte Mészáros beim Abendessen mit Georg von Habsburg die Idee einer freundschaftlichen Zusammenkunft an der ungarisch-österreichischen Grenze im Rahmen eines Picknicks. Obwohl dieses Ansinnen zunächst verworfen wurde, trug Mészáros es auf der Sitzung des MDF Debrecen am 30. Juni dennoch vor und fand in Mária Filep eine Mitstreiterin. Sie begeisterte sich für die Idee, denn sie war durch

ihre Erfahrungen in Siebenbürgen (Rumänien) und durch die Situation der Flüchtlinge dort sensibilisiert.²⁵



Die DDR-Bürger stürmten anlässlich des Paneuropäischen Picknicks das alte hölzerne Grenztor bei Sopronpuszta und gelangten nach Österreich, daher auch die Bezeichnung Grenzdurchbruch. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.



Oberstleutnant Árpád Bella beschloss angesichts der großen Menschenmenge in Sopron nicht einzugreifen und den Dingen freien Lauf zu lassen. Später wurde er dafür mehrfach ausgezeichnet. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

25 | Ein kurzes und prägnantes achtminütiges Kompendium wurde von Mária Filep am 18.08.2014 in Sopron auf der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Das Tor zur Freiheit in Europa“ vorgetragen, vgl. Mitschnitt, 1:09:15 – 1:17:10.



Das eigentliche Paneuropäische Picknick fand einige Kilometer landeinwärts, unweit von Sopronkőhida, statt. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

Mit Sopron²⁶ wurde ein geeigneter und geschichtsträchtiger Ort gefunden.²⁷ Parallel gewannen die Veranstalter den Reformkommunisten Imre Pozsgay und Otto von Habsburg selbst als Schirmherren. Die Flyer mit dem Slogan „Baue ab und nimm mit!“ sollten die Veranstaltung als Volksfest bewerben. Einen für forstwirtschaftliche Zwecke erhaltenen kurzen Abschnitt des Eisernen Vorhanges konnten die Teilnehmer als Ausdruck eines grenzenlosen Europas abbauen. Erst einige Tage vor dem Picknick wurde klar, dass es eine provisorische Grenzübergangsstelle von 15 bis 18 Uhr geben würde, so spät, dass die österreichische Genehmigung nur noch mündlich eingeholt werden konnte.²⁸ Ungarische und österreichische Teilnehmer sollten mit ihren Pässen die Grenze passieren können. Nach wie vor ist unklar, wie die in Ungarn weilenden DDR-Bürger von dieser Aktion erfuhren. Viele von ihnen berichteten, dass sie von Fremden die deutschen Flyer erhielten, auch bei Pater Kozma in Zugliget liefen intensive Vorbereitungen.²⁹ Tatsache ist, dass die Grenzer um Oberstleutnant Árpád

26 | Im dortigen MDF waren László Magas, László Nagy, János Rumpf, Pál Csóka und Félix Örs aktiv.

27 | Nach dem Aufstand von 1956 zogen viele Ungarn über die westlichen Grenzen. Ferner befand sich unweit der Picknickstelle, im Gefängnis von Sopronkőhida, ein Massengrab von Aufständischen. László Magas, „1989 – Das Jahr der Wunder“, in: Kaiser und Lobenwein, Fn. 5, 64.

28 | Vgl. László Nagy, „A Páneurópai Piknik és az 1989. szeptember 11-i határnyitás“, in: László Nagy, *Gazdaság és Társadalom: A soproni határáttörés*, Sopron, 2014, 19.

29 | Vgl. Kurucz, Fn. 16, 92.

Während des Paneuropäischen Picknicks gelangten 661 DDR-Bürger nach Österreich. Dies war die größte Massenflucht seit dem Bau der Berliner Mauer.

Bella von den in Sopron eintreffenden Ostdeutschen völlig überrascht wurden. Bella beschloss, nicht einzugreifen, mit seinen Kollegen ostentativ der ungarischen Seite

den Rücken zuzuwenden und nur die aus Österreich Kommenden zu kontrollieren. Bis in die frühen Abendstunden gelangten so 661 DDR-Bürger nach Österreich.³⁰ Dies war die größte Massenflucht seit dem Bau der Berliner Mauer. Für die DDR wurde das Paneuropäische Picknick damit zum Schicksalsmoment.

DIE ENDGÜLTIGE GRENZÖFFNUNG AM 11. SEPTEMBER 1989

Die Erkenntnisse des von der Staatsmacht auch als Test zur Erprobung sowjetischer Reaktionen³¹ geduldeten Picknicks fasst Imre Pozsgay trefflich zusammen: „Die am 19. August verstört rennenden Flüchtlinge brachten die DDR selbst aus dem Kreis der Verhandlungspartner.“³² Damit war der Weg frei, um ernsthafte Gespräche auf höchster Ebene zwischen Ungarn und der Bundesrepublik zu beginnen. Dass eine Lösung der Flüchtlingssituation nunmehr äußerst dringend war, zeigten nicht nur die überfüllten Flüchtlingslager und die Massenflucht beim Picknick, sondern weitaus tragischere Ereignisse. Das Militär verhinderte in den Tagen nach dem Picknick mit schweren Waffen die Flucht mehrerer DDR-Bürger bei Kópháza. Zudem wurde der DDR-Flüchtling Kurt-Werner Schulz bei einem Handgemenge unweit von Kőszeg von der Maschinepistole eines ungarischen Grenzwächters tödlich am Kopf getroffen.³³

Am 25. August kam es schließlich auf Schloss Gymnich zu deutsch-ungarischen Geheimverhandlungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn. Den Erinnerungen Kohls und Némeths zufolge teilten die Ungarn nach einer Erörterung

30 | Vgl. Krisztián Ungváry, „Ungarn und die BRD“, in: Haase und Can Togay, Fn. 4, 156.

31 | Vgl. Kaiser, Fn. 23, 136.

32 | Imre Pozsgay, „Mit Deutschland und den Deutschen bei der Wende“, in: Kaiser und Lobenwein, Fn. 5, 64.

33 | Damit war Kurt-Werner Schulz das letzte Todesopfer der deutschen Teilung. Vgl. Oplatka, Fn. 7, 168.

ihrer schwierigen Lage aufgrund der vertraglichen Bindung mit der DDR die drei Tage zuvor gefällte Entscheidung, die Grenzen für die DDR-Bürger regulär zu öffnen, mit.³⁴ Helmut Kohl war gerührt: „Mir stiegen die Tränen in die Augen, als Németh dies ausgesprochen hatte.“³⁵ Auf Nachfrage, was denn die Gegenleistung für diese großzügige Geste sei, versicherte Németh, dass Ungarn keine Menschen verkaufe. Zwar versuchte die DDR-Führung noch verzweifelt, die Ungarn umzustimmen, doch fand sie in Budapest kein Gehör. Staatsminister Imre Pozsgay war der Meinung: „Es ist nicht Ungarns Aufgabe, die Grenze anderer Staaten zu schützen.“³⁶ Man verhandelte auf ungarischer Seite nur noch mit der Bundesrepublik, dem „eigentlichen“ Verbündeten innerhalb des Warschauer Paktes, der DDR, wurden die Entscheidungen nur noch nachrichtlich mitgeteilt. Rein rechtlich setzte Ungarn die Anwendung des Abkommens von 1969 einseitig aus. Begründet wurde dies mit der Flüchtlingskonvention, da diese gegenüber bilateralen Abkommen als höherrangig einzustufen sei. Damit war die Ausreise mit DDR-Dokumenten möglich. Schließlich verkündete Außenminister Horn in den Abendnachrichten am 10. September die Grenzöffnung zum 11. September ab Mitternacht. Die jubelnden DDR-Bürger machten sich sofort auf den Weg nach Westen. Das DDR-Regime war seinem Untergang ein weiteres Stück näher gekommen.



Die DDR-Bürger flohen von Ungarn nach Österreich zu Fuß und ohne Hab und Gut, viele Autos wurden zurückgelassen. Sie gaben ihre Existenz in der DDR auf, um in Freiheit leben zu können. |
Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

34 | Vgl. ebd., 194.

35 | Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982-1990*, München, 2005, 922.

36 | Jauer, Fn. 9, 181.

DIE DEUTSCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN NACH 1990

Ziel der ersten frei gewählten ungarischen Regierung war es, Ungarn so schnell wie möglich in die euro-atlantischen Strukturen einzubinden. Nach den folgenschweren Ereignissen von 1989/1990 gestalteten sich die deutsch-ungarischen Beziehungen zunächst positiv.

Zentrales außenpolitisches Ziel der ersten frei gewählten ungarischen Regierung unter dem konservativen Ministerpräsident József Antall war es, Ungarn so schnell wie möglich in die euro-atlantischen Strukturen einzubinden, sprich konkret die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bzw. der NATO anzustreben.³⁷ Bei diesen Bemühungen, die Westeuropa zunächst skeptisch betrachtete, war Deutschland einer der wichtigsten Partner. „Die Bundesrepublik war frühzeitig zum stärksten Fürsprecher der Interessen der Beitrittsaspiranten innerhalb der Gemeinschaft und zum wichtigsten Vermittler zwischen den westeuropäischen Integrationsgemeinschaften und den Beitrittskandidaten geworden.“³⁸ Aus verschiedenen geografischen, wirtschaftlichen und politischen Erwägungen unterstützte Deutschland die Annäherung Ungarns (und der restlichen mittel- und osteuropäischen Länder) an die EU und die NATO.

Dieses gemeinsame Interesse wurde durch zwei Faktoren weiter gestärkt. Zum einen entwickelten Helmut Kohl und József Antall eine enge freundschaftliche Beziehung.³⁹ Schon wenige Wochen nach den ersten freien Wahlen im

37 | Zwischen 1990 bis 1994 regierte die konservative MDF unter Ministerpräsident József Antall (bis 1993) bzw. nach dessen Tod Péter Boross (1993 bis 1994) in einer Koalition mit der Kleinlandwirtpartei (FKGP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP). Zwischen 1994 bis 1998 und zwischen 2002 bis 2010 regierte die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), zunächst (bis 2008) in Koalitionen mit dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ), danach (bis 2010) alleine. Ministerpräsidenten waren Gyula Horn (1994 bis 1998), Péter Medgyessy (2002 bis 2004), Ferenc Gyurcsány (2004 bis 2009) und Gordon Bajnai (2009 bis 2010), jeweils von der MSZP nominiert. Zwischen 1998 bis 2002 regierte die konservative FIDESZ unter Ministerpräsident Viktor Orbán in einer Koalition mit der MDF und der FKGP. Seit 2010 regiert FIDESZ-KDNP unter Ministerpräsident Viktor Orbán.

38 | Peter Becker, *Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union*, Baden-Baden, 2011, 24.

39 | Vgl. András Hettyey und András Rácz, „German-Hungarian Relations: A marriage held together by money, not love?“, in: Andris Spruds (Hrsg.), *Friendship in the Making: Transforming relations between Germany and the Baltic-Visegrad countries*, Riga, 2012, 69.

April 1990 reiste der ungarische Ministerpräsident nach Deutschland und traf sich mit dem Bundeskanzler. In den nächsten Jahren folgten weitere hochrangige bilaterale Treffen. Zudem wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik ausgebaut. Das Handelsvolumen steigerte sich nach der Wende enorm. Zwischen 1990 bis 2000 stiegen die ungarischen Exporte nach Deutschland um 500 Prozent und die Einfuhr aus Deutschland vervierfachte sich zwischen 1990 bis 2004. Bald wurde Deutschland zum wichtigsten Handelspartner Ungarns. Gleichzeitig profitierten deutsche Firmen davon, dass sie schon früh nach der Wende in Ungarn investiert hatten. Bis 1994 beliefen sich die Investitionen in Ungarn auf umgerechnet 1,4 Milliarden Euro.



Zum ersten Jubiläum des Picknicks und Grenzdurchbruchs trafen sich am 19. August 1990 die ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Ungarns und der DDR, József Antall und Lothar de Maizière, in Sopron. | Quelle: © Tamás Lobenwein, Norbert Lobenwein.

Die vertragliche Grundlage der bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn nach 1990 bildete der Vertrag über die „freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa“, der am 6. Februar 1992 in Budapest unterzeichnet wurde. Darin wird festgehalten, dass Deutschland „positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Ungarn zur Europäischen Gemeinschaft“ steht, und dass es sich für einen Beitritt einsetzt, „sobald die politischen und wirtschaftlichen

1990 wurde das Deutsch-Ungarische Forum ins Leben gerufen, um beiden Ländern als Plattform des offenen Dialogs von Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu dienen.

Voraussetzungen dafür vorliegen“.⁴⁰ Des Weiteren vereinbarten die Vertragspartner, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zu fördern und den Kulturaustausch in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu intensivieren. Das erste, 1994 unterzeichnete Kulturabkommen ergänzte diese vertragliche Basis. Bereits 1990 wurde das Deutsch-Ungarische Forum ins Leben gerufen, um beiden Ländern als Plattform des offenen Dialogs von Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu dienen. Nach den ungarischen Parlamentswahlen vom Frühjahr 1994 bildete sich eine sozialistisch-liberale Koalition unter Ministerpräsident Gyula Horn. Obwohl die jeweiligen Regierungen nun unterschiedlichen politischen Lagern angehörten, tat dies den guten Beziehungen keinen Abbruch. Ministerpräsident Horn war in Deutschland hoch angesehen, da er Außenminister zur Zeit der Grenzöffnung war. Bezeichnenderweise führte ihn sein erster Besuch nach Deutschland.

In den Jahren 1994 bis 1998 konkretisierte sich der Beitritt Ungarns zur EU und zur NATO. Während der langwierigen Beitrittsverhandlungen war Deutschland stets ein verlässlicher Partner, auch in komplizierten Detailfragen der Integration. Deutschland hoffte, seine wirtschaftlichen Interessen verfolgen, aber durch die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten auch Armut, Migration und Nationalismus vorbeugen zu können. Wolfgang Schäuble, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, formulierte treffend: „Ginge es nur um wirtschaftliche Integration, wäre der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten vielleicht noch nicht einmal so dringlich; aber weil es um Sicherheit und Stabilität geht, ist er vorrangig.“⁴¹ Da in diesen Jahren der Jugoslawien-Krieg an der Südgrenze Ungarns wütete, war dies ein wichtiger Aspekt.

40 | Vertrag über die freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn, unterzeichnet in Budapest am 06.02.1992, <http://ungarisches-institut.de/dokumente/pdf/19920206-1.pdf> [11.07.2014].

41 | Zit. nach Wolfgang Zellner und Pál Dunay, *Ungarns Außenpolitik 1990-1997*, Baden-Baden, 1998, 124.

Nach den Wahlen 1998 gab es in beiden Ländern neue Regierungen: In Ungarn gewann die konservative Partei FIDESZ die Mehrheit, Viktor Orbán wurde erstmals Ministerpräsident. In Deutschland kam es hingegen zu einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Beide Regierungswechsel änderten allerdings nichts an den bestehenden Zielen, die Erweiterungspolitik der Bundesregierung zeichnete sich unverändert durch hohe Kontinuität aus.⁴² Die gerade begonnenen Beitrittsverhandlungen zwischen Ungarn und der EU, die bis 2002 dauern sollten, wurden weiterhin unterstützend begleitet. Währenddessen erreichte Ungarn sein anderes großes außenpolitisches Ziel, als es im März 1999 NATO-Mitglied wurde. Deutschland und Ungarn verband von nun an auch eine sicherheits- und verteidigungspolitische Allianz.

Als ein vorrangiges kulturelles Projekt der beiden Länder wurde 2001 die Andrassy Universität Budapest (AUB) gegründet. Das Gemeinschaftsprojekt der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Ungarn, der Republik Österreich, des Bundeslandes Baden-Württemberg und des Freistaats Bayern ist die einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums und bietet Masterstudiengänge sowie eine Interdisziplinäre Doktorschule an. Der Modellcharakter der Universität wird ausdrücklich gelobt. Zum Beispiel stellte der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle in einer Rede an der Universität im Mai 2013 fest: „Bildung gehört zu den entscheidenden Ressourcen in einer globalisierten Welt. Es ist kein Zufall, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eine der tragenden Säulen unserer Außenpolitik ist. Die Andrassy Universität Budapest als Ort der gelebten Internationalität und Forum des Austauschs zur Zukunft Europas liegt uns daher besonders am Herzen.“⁴³

Die 2001 gegründete deutschsprachige Andrassy Universität Budapest hat Modellcharakter. Dazu gehört auch eine Interdisziplinäre Doktorschule.

Zu den bilateralen Beziehungen gehört auch ein Blick auf die Meinungsverschiedenheiten sowie unterschiedliche Bewertungen politischer Ereignisse. Auf dem Höhepunkt der

42 | Vgl. Becker, Fn. 38, 189.

43 | Rede von Außenminister Guido Westerwelle an der Andrassy Universität Budapest, 06.05.2013, http://auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130506-BM_Andrassy_Universitaet.html [16.07.2014].

Irak-Krise im Januar 2003 unterzeichnete der damalige ungarische Ministerpräsident, der Sozialist Péter Medgyessy, den „Offenen Brief der Acht“, in dem unter anderem Großbritannien, Dänemark, Polen und Spanien ihre Solidarität mit Amerika und ihre Unterstützung für eine amerikanische Invasion im Irak bekundeten. Die Bundesregierung und Bundeskanzler Schröder stellten sich entschieden gegen eine solche Militäroperation. Die mangelnde Konsultation des Bündnispartners Ungarn im Vorfeld belastete die deutsch-ungarischen Beziehungen erheblich.⁴⁴ Ein weiterer Streitpunkt war der Entwurf zu einer europäischen Verfassung, bei der Ungarn auf die Einbeziehung von Aspekten der Minderheitenpolitik bestand.

2004 trat Ungarn der EU bei. Befürchtungen, eine „Welle“ billiger Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten könnte zu höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen führen, blieben unbegründet.

Von diesen Vorkommnissen abgesehen wurde das gemeinsame Ziel der ungarischen Mitgliedschaft in der EU nicht aus den Augen verloren. Am 1. Mai 2004 trat Ungarn zusammen mit den baltischen Staaten, Polen, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern bei. Aufgrund von Befürchtungen in einigen alten Mitgliedstaaten, eine „Welle“ billiger Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten könnte zu höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen führen, beschloss die EU Übergangsregelungen, die es den Mitgliedstaaten erlaubten, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten für einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren einzuschränken. Deutschland griff auf diese Option zurück. Die Sorgen blieben jedoch unbegründet. Laut einer Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit kam es weder zu einem starken Zuzug von billigen osteuropäischen Arbeitskräften noch sanken die Löhne in Deutschland. „Ursprüngliche Vorbehalte, die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Osteuropäer führe hierzulande zu ‚sozialen Verwerfungen‘ und einem vermeintlichen ‚Tourismus in den Wohlfahrtsstaat‘, haben sich in den langjährigen Beobachtungen nicht bestätigt.“⁴⁵

44 | Vgl. Hettyey und Rácz, Fn. 39, 87.

45 | Institut zur Zukunft der Arbeit, „Zehn Jahre EU-Osterweiterung: IZA-Direktor Zimmermann zieht positive wirtschaftliche Bilanz“, 28.04.2014, <http://newsroom.iza.org/de/2014/04/28/zehn-jahre-eu-osterweiterung-iza-direktor-zimmermann-zieht-positive-wirtschaftliche-bilanz> [15.07.2014].

DIE GEGENWART DER DEUTSCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN

Insgesamt begünstigte die EU-Mitgliedschaft Ungarns die weitere Festigung der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen. Deutschland war auch im Jahr 2013 der mit Abstand wichtigste Handelspartner, gefolgt von Russland, Österreich, der Slowakei und Italien. Rund ein Viertel des ungarischen Außenhandels wurde mit Deutschland abgewickelt. Das bilaterale Handelsvolumen stieg von 2011 bis 2013 von etwa 36 Milliarden Euro auf ca. 39 Milliarden Euro.⁴⁶ Umgekehrt stand Ungarn 2012 auf der Liste der größten deutschen Handelspartner auf einem beachtlichen 16. Platz und rangierte damit noch vor den aufstrebenden Mächten Indien und Brasilien. In Osteuropa war Ungarn nach Russland, Polen und Tschechien der viertgrößte deutsche Handelspartner.⁴⁷

Bis 2012 wurden etwa 78 Milliarden Euro an ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn registriert, davon 19 Milliarden Euro von deutschen Firmen. In Ungarn gibt es rund 3.000 ganz oder teilweise mit deutschem

Bis 2012 wurden 19 Milliarden Euro von deutschen Firmen in Ungarn direkt investiert. Dort gibt es rund 3.000 mit deutschem Kapital gegründete Unternehmen.

Kapital gegründete Unternehmen, die insgesamt über 300.000 Personen beschäftigen, also etwa sieben bis acht Prozent der ungarischen Arbeitnehmerschaft. Eine Reihe deutscher Großunternehmen hat sich in Ungarn angesiedelt. Autohersteller wie Audi, Mercedes und Opel, aber auch Unternehmen aus anderen Branchen haben dort Niederlassungen (SAP, ThyssenKrupp, Bosch oder Deutsche Telekom). In einem Bericht hebt die Deutsch-Ungarische Handelskammer die Vorzüge Ungarns für deutsche Investoren wie folgt hervor: „Ungarn ist längst kein ‚Billiglohnland‘ mehr, bietet aber gerade hinsichtlich seiner Arbeitskräfte vielen ausländischen Unternehmen ein attraktives Verhältnis von Produktivität, Qualifikation, Kosten und regulativem Umfeld.“⁴⁸ Laut einer Umfrage planen 84 Prozent

46 | Auswärtiges Amt, „Beziehungen zu Deutschland“, http://auswaertiges-amt.de/sid_FE29F375416C72E8187CC12BEC3B59A9/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ungarn/Bilateral_node.html [11.07.2014].

47 | Vgl. Hettyey und Rácz, Fn. 39, 76.

48 | Pressemitteilung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer vom 09.12.2010, http://ahkungarn.hu/fileadmin/ahk_ungarn/Dokumente/Bereich_CC/Presse/2010/2010-12-09_DUIHK_Verguetungsreport.pdf [15.07.2014].

der deutschen Firmen die Ausweitung ihrer Investitionen bis 2020.⁴⁹

Im Frühjahr 2010 gewann FIDESZ eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament. Die Partei um Ministerpräsident Viktor Orbán nahm dies zum Anlass für tief- und weitgehende Reformen.

Immer wieder hört man von Vertretern der beiden Länder, dass der stabile Austausch auf wirtschaftlicher Ebene die Grundlage der engen deutsch-ungarischen Beziehungen ist.

In den letzten Jahren wurde allerdings deren Standfestigkeit gelegentlich auf die Probe gestellt. Im Frühjahr 2010 gewann FIDESZ nach achtjähriger sozialistisch-liberaler Regierungskoalition eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament. Die Partei um Ministerpräsident Viktor Orbán nahm dies zum Anlass für tief- und weitgehende Reformen in Politik und Wirtschaft. Dazu gehört die neue, im April 2011 verabschiedete Verfassung. Auch gab es in der Regierungsperiode 2010 bis 2014 ein neues Mediengesetz, ein neues Wahlrecht sowie Sondersteuern im Banken-, Energie- und Telekommunikationssektor. In der Wirtschaftspolitik zielten die Reformen vor allem auf die Senkung der hohen Staatsverschuldung.

Im Zuge dessen kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der ungarischen Regierung und ihren internationalen Partnern, insbesondere mit der Europäischen Kommission in Brüssel. Die deutsche Regierung, seit 2005 mit Angela Merkel an der Spitze, signalisierte ebenfalls ihre Bedenken hinsichtlich der Ereignisse in Ungarn. Kritik übte Berlin etwa an einer Verletzung demokratischer Normen.⁵⁰ So äußerte Vize-Regierungssprecher Christoph Steegmans im Dezember 2010 über das umstrittene Mediengesetz, dass man die Änderungen in der ungarischen Mediengesetzgebung mit großer Aufmerksamkeit „beobachtet“. Dies gelte „insbesondere auch für die Umsetzung der neuen Bestimmungen. Als künftiger Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft trägt Ungarn natürlich eine besondere Verantwortung für das Bild der Europäischen Union in der Welt“.⁵¹ Ähnlich äußerte sich Regierungssprecher Steffen Seibert im Oktober 2012: „Wer eine

49 | Vgl. József Czukor, „Magyar-német kapcsolatok 2014 elején“, *Külügyi Szemle*, 1/2014, 9.

50 | Vgl. Hettyey und Rácz, Fn. 39, 71.

51 | Die Bundesregierung, Regierungspressekonferenz vom 22.12.2010, <http://bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/12/2010-12-22-regpk.html> [11.07.2014].

Zweidrittelmehrheit hat, muss immer wissen, dass mit einer Zweidrittelmehrheit auch eine große demokratische Verantwortung gegenüber denjenigen, die in der Minderheit sind, einhergeht.“⁵² Dennoch ruht das

Das deutsch-ungarische Verhältnis ruht auf einem soliden Fundament. Der Gesprächsfaden riss angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die ungarische Mediengesetzgebung nie ab.

deutsch-ungarische Verhältnis auf einem soliden Fundament. Der Gesprächsfaden riss in jenen Monaten nie ab, die Kritik blieb konstruktiv und vertrauensvoll. Seit 2010 trafen sich Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Orbán dreimal zu bilateralen Gesprächen und Präsident János Áder besuchte Berlin im März 2013.

Ein Thema, dass bei diesen Treffen immer wieder eine Rolle spielt, ist die hohe Staatsverschuldung und die daraus resultierende Wirtschaftskrise in der Europäischen Union. Gerade in dieser Frage wird deutlich, dass Berlin und Budapest die Lage ähnlich einschätzen. Die Bundeskanzlerin betont stets, dass die Lösung der Probleme auf konsolidierten Haushalten und strukturellen Reformen beruhen müsse. In diesem Sinne begann die ungarische Regierung nach 2010, die Neuverschuldung einzudämmen. 2012 betrug das Haushaltsdefizit infolge dessen nur zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daher schlug die Europäische Kommission im Mai 2013 den EU-Finanzministern vor, Ungarn aus dem bereits seit 2004 laufenden Defizitverfahren zu entlassen, was der EU-Finanzministerrat im Juni 2013 annahm.

Neben den politischen und wirtschaftlichen Ebenen ist auch die sicherheitspolitische Kooperation von Bedeutung. Offiziere der ungarischen Streitkräfte werden an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet. Im Kosovo leisteten ungarische Soldaten im Rahmen der KFOR-Mission ihren Dienst zeitweise unter deutschem Oberkommando. Auch in Afghanistan haben deutsche und ungarische Soldaten zusammengearbeitet.

Auf kultureller Ebene sind die deutsch-ungarischen Beziehungen ebenfalls vielfältig. Neben der Andrassy Universität treten als Akteure unter anderem das Goethe-Institut in Budapest (seit 1988), das Thomas Mann-Gymnasium

52 | Die Bundesregierung, Regierungspressekonferenz vom 10.10.2012, <http://bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2012/10/2012-10-10-regpk.html> [12.07.2014].

(seit 1992), die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie das Institut für Auslandsbeziehungen auf. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung unterhalten Auslandsbüros in Budapest und tragen durch Konferenzen, Ausstellungen und Seminare zur Stärkung der deutsch-ungarischen Beziehungen bei. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat mehrere deutschsprachige Lektorinnen und Lektoren sowie Sprachassistentinnen und Sprachassistenten an ungarische Universitäten und Hochschulen entsandt. Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt Forschungsstipendien an ungarische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, fördert wissenschaftliche Konferenzen und übergibt Gerätespenden an wissenschaftliche Einrichtungen.⁵³ In Deutschland erfüllen das Collegium Hungaricum Berlin und das ungarische Kulturinstitut in Stuttgart eine ähnliche Rolle. Es bestehen zudem verschiedene Städtepartnerschaften. Auch die in Ungarn lebende deutsche Minderheit trägt zum bunten Geflecht der deutsch-ungarischen Beziehungen bei und stellt mit 186.000 Personen die zweitgrößte Nationalität in Ungarn dar. Um der vielen vertriebenen Ungarndeutschen zu gedenken, hat das ungarische Parlament im Dezember 2012 den 19. Januar als nationalen Gedenktag der Vertreibung der Ungarndeutschen beschlossen.



Anlässlich des 25. Jahrestages des Paneuropäischen Picknicks besuchte die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht die Erinnerungskonferenzen der Konrad-Adenauer-Stiftung, hier an der Stelle des Grenzdurchbruchs in Sopronpuszta. | Quelle: © Szecsődi Balázs, KAS Ungarn.

53 | Vgl. Fn. 46.

Insgesamt können Deutschland und Ungarn stolz auf die zurückliegenden 25 Jahre blicken. Aufbauend auf die Ereignisse des *annus mirabilis* 1989 ist es den beiden Ländern gelungen, eine vertrauensvolle Partnerschaft zu unterhalten, die auch gelegentliche Dissonanzen übersteht. Nicht nur die oft betonten Wirtschaftsbeziehungen sind eng geknüpft, auch auf sicherheitspolitischer, kultureller und bildungspolitischer Ebene arbeiten beide Länder gut zusammen. Ungarn bleibt daher einer der wichtigsten Partner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa, und umgekehrt wird Berlin für Budapest immer ein wichtiger Orientierungspunkt bleiben.